Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode, 1983-84

21.03.1986 - Drucksache 11/604

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/604
21. 03. 86

Große Anfrage der Fraktion der SPD

Stand der Prävention, Behandlung und Betreuung von Suchtkranken im Lande Bremen

Die SPD-Fraktion sieht mit großer Sorge die sich mehrenden Anzeichen der Verelendung und Ausgrenzung ganzer Gruppen unserer Bevölkerung. Sie will sich deshalb möglichst genau über die Lebensbedingungen schon traditionell benachteiligter und gefährdeter Gruppen informieren.

Beunruhigend erscheint der SPD-Fraktion die Entwicklung bei den Suchterkrankungen. An der Nahtstelle knapper werdender Mittel für gesundheitliche und soziale Leistungen erscheint uns diese Gruppe besonders gefährdet.

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Abhängige von Alkohol, Medikamenten und illegalen Drogen leben in Bremen?
2. Wie hoch ist der Anteil der Jugendlichen und Heranwachsenden?
3. Wie haben sich Altersstruktur und Geschlechterverteilung in den letzten 20 Jahren verändert?
4. Wie ist die Verteilung auf die Geschlechter?
5. Gibt es Erkenntnisse über den Suchtmittelgebrauch bei Kindern und Jugendlichen?
6. Wie hoch ist nach Ansicht des Senats die Zunahme von Suchtkrankheiten und was könnten dafür Gründe sein?
7. Welchen Zusammenhang sieht der Senat zwischen der Arbeitslosigkeit und der Entwicklung von Suchtkrankheiten?
8. Hat der Senat Erkenntnisse über die Entwicklung neuer Krankheitsbilder bei Abhängigkeitserkrankungen wie zum Beispiel Magersucht, Eßsucht, Spielsucht oder Schnüffelsucht?
9. Liegen dem Senat Daten vor zu folgenden Fragestellungen:

9.1 Wie viele Personen werden mit welchem Aufwand zu Lasten der Krankenversicherung ambulant behandelt bei Suchtkrankheiten und ihren Folgen?

9.2 Wie viele Personen werden mit welchem Aufwand zu Lasten der Krankenversicherung stationär behandelt bei Suchterkrankungen und ihren Folgen?

9.3 Wie viele Personen werden mit welchem Aufwand zu Lasten der Sozialhilfeträger ambulant wegen Suchterkrankungen und ihren Folgen behandelt?

9.4 Wie viele Personen werden mit welchem Aufwand zu Lasten der Sozialhilfeträger stationär wegen Suchterkrankungen und ihren Folgen behandelt?

9.5 Wie viele Personen werden mit welchem Aufwand ambulant, teilstationär und stationär zu Lasten der Krankenversicherung, der Rentenversicherung und der Sozialhilfeträger rehabilitiert — aufgegliedert nach Beratung, Entgiftung, Entwöhnung, beruflicher Wiedereingliederung und Förderung?

9.6 Wie viele Personen werden mit welchem Aufwand zu Lasten der Sozialhilfeträger als chronisch Suchtkranke dauerhaft untergebracht?

9.7 Wie viele chronisch Suchtkranke sind in psychiatrischen Krankenhäusern, in Heimen, in Übergangseinrichtungen oder betreuten Wohnformen mit wel-

chem Aufwand zu Lasten der Krankenversicherungen bzw. zu Lasten des Sozialhilfeträgers untergebracht?

9.8 Gibt es Anhaltswerte über das Ausmaß der Fehlplazierung von chronisch Suchtkranken in für ihre Unterbringung nicht geeigneten Einrichtungen wie Altenheimen o. ä.?

9.9 Wie viele Suchtkranke sind mit welchem Aufwand im Maßregelvollzug untergebracht?

10. Liegen Erkenntnisse vor, die das Ausmaß und die Wirksamkeit der Anwendung des § 35 Betäubungsmittelgesetz beschreiben?

11. Wie hoch ist der Anteil von Suchtkranken ohne die Betäubungsmittelabhängigen in den Haftanstalten?

12. Gibt es Vorstellungen, alkoholkranken und medikamentenabhängigen Straftätern statt Strafverbüßung eine Therapie zu ermöglichen, wie dies für Drogenabhängige durch Einführung der §§ 35 bis 37 Betäubungsmittelgesetz bezweckt wurde?

13. Gibt es Datenmaterial, das verläßliche Schätzungen über das gemeinsame Auftreten von Sucht mit anderen psychiatrischen Krankheitsbildern erlaubt?

Wie sehen die Behandlungsmöglichkeiten für diese Patientengruppe aus?

14. Durch welche präventiven Maßnahmen könnte der Anstieg von Suchtkrankheiten beeinflußt werden; welche Forschungen und Aufwendungen sind dazu betrieben worden?

15. Hält der Senat die derzeitige Praxis, vor allem der Rentenversicherungsträger, überwiegend ortsferne stationäre Behandlungen durchzuführen und dabei die Interessen der Betroffenen den Verwaltungsinteressen unterzuordnen, dem heutigen fachlichen Erkenntnisstand über die Therapie Abhängigkeitskranker für angemessen?

Welche Erfahrungen hat das Land Bremen mit seinem regionalisierten Versorgungssystem für Suchtkranke, welches an den Planungsdaten der Psychiatrie-Enquete orientiert ist?

16. Wieviel gewerbliche Träger werden für die Versorgung Bremer Patienten in Anspruch genommen? Wie beurteilt der Senat unter dem Gesichtspunkt langfristiger Bedarfsentwicklung die Praxis der Rentenversicherungsträger, gewerblichen Betrieben langfristige Belegungsgarantien zu geben?

17. Welche Bedeutung mißt der Senat den Selbsthilfegruppen zu?

18. Wie ist der Stand der Selbsthilfe? Welche Selbsthilfemaßnahmen sind mit welchen Mitteln unterstützt worden?

19. Wie ist der Umfang der betrieblichen Suchtkrankenhilfe in Bremen? Wie hat sich die betriebliche Suchtkrankenhilfe entwickelt? Sieht der Senat Möglichkeiten, gezielt sowohl bei den eigenen Bediensteten wie im gewerblichen Bereich die betriebliche Suchtkrankenhilfe zu fördern?

20. Wie ist der Vorrang von ambulanten, teilstationären und stationären Maßnahmen der Suchtarbeit verwirklicht worden?

Welcher Anteil entfällt auf ambulante, welcher Anteil entfällt auf teilstationärer und welcher Anteil entfällt auf stationäre Maßnahmen?

Wie haben sich bei den stationären Maßnahmen die Anteile von Kurzzeit- und Langzeittherapie verändert?

21. Sind vom Land Bremen gezielte Maßnahmen zur beruflichen Förderung und Eingliederung von Suchtkranken gefördert worden bzw. werden solche Maßnahmen angestrebt?

22. Sind dem Senat im Rahmen der laufenden Forschungsvorhaben der Bremer Universität, der Bremer Institute oder Fachhochschulen Ansätze bekannt, die geeignet sind, die Wirksamkeit der regional vorgehaltenen Hilfen zu überprüfen?

23. Welche Forschungskonzeption für den Bereich der Abhängigkeitserkrankungen verfolgt der Senat?

24. Wie wird die Kooperation und Koordination aller am Rehabilitationsprozeß Suchtkranker beteiligten Institutionen und Verbände sichergestellt?

Stiering, Kunick und Fraktion der SPD

Druck: Anker-Druck Bremen